

„Wir müssen eine grüne Brücke schlagen“

Transnationale Politik und die neuen Konturen der Risikogesellschaft: Der Soziologe Ulrich Beck über mögliche Politikfelder der Grünen

Mit seiner Formel von der Risikogesellschaft hat der Münchner Soziologe Ulrich Beck die meistzitierte Metapher der späten Jahre der alten Bundesrepublik geprägt. Corinna Emundts sprach mit ihm über die Gestalt der neuen Risiken. **FR**

FR: Kann die Zivilgesellschaft anders als mit militärischen Mitteln auf die neuen Terror-Risiken reagieren?

Ulrich Beck: Der militärische Blick ist auf seinesgleichen, also andere Militärorganisationen und deren Abwehr gerichtet. Doch wir haben es mit transnationalen Bedrohungen substaatlicher Täter und Netzwerke zu tun, sozusagen Gewalt-NGOs. Die Konsequenz ist: Die unser Weltbild tragenden Begriffe und Unterscheidungen von Krieg und Frieden, Militär und Polizei, Krieg und Verbrechen, ja von Innen und Außen ganz allgemein sind aufgehoben. Die Politik darf diese Ambivalenz nicht der militärischen Semantik überlassen. Erstens muss man den Kampf gegen den transnationalen Terrorismus auf eine Rechtsgrundlage stellen. Wie im nationalen darf es auch im internationalen Rahmen keine Selbstjustiz geben. Es bedarf einer internationalen Initiative, die ein Rechtsregime gegen den Terrorismus aufbaut. Das ist nur dann möglich, wenn man internationale Gerichtshöfe anerkennt. Das ist die Chance der Europäer! Sie könnten ein eigenes politisches Profil auch gegenüber den USA entwickeln.

Das ist eine Verrechtlichung des Militärschlags, aber noch keine große Alternative.

Wir brauchen neben der militärischen und der rechtlichen Antwort eine glaubhafte Initiative des Dialogs. Die Würde der Menschen, ihre kulturelle Identität, die Andersheit der Anderen müssen künftig ernster genommen werden. In diesem Sinne ist es notwendig, eine neue grüne Säule im

Bündnis gegen den Terror zu errichten, wenn Sie so wollen, eine grüne Brücke des Dialogs zu schlagen – zwischen den Kulturen im inneren und im äußeren Verhältnis der Länder, mit der islamischen Welt zumal, aber auch mit anderen Kulturen, die sich als Opfer der Globalisierung sehen. Auch hier könnte ein kulturell extrovertiertes Europa, insbesondere aber Deutschland eine Vorreiterrolle spielen. Ist es doch weniger als andere durch seine koloniale Vergangenheit und den Holocaust dazu verpflichtet.

Das war früher eine zentrale Aufgabe der Grünen, darauf hinzuweisen, dass die Dritte Welt ausgeschlossen ist.

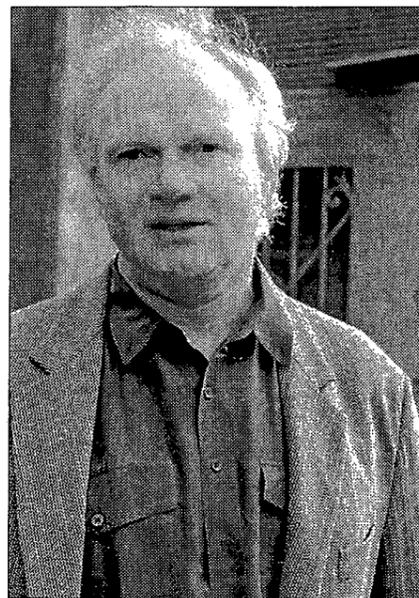
Die Grünen sind wieder mal Opfer ihrer eigenen Prognose geworden. Aber umso weniger verstehe ich die rot-grüne Koalition in ihrer Eindimensionalität. Warum antworten sie nicht mit gezielten Angeboten, neben militärischem Engagement wirklich einen Dialog nach innen und nach außen aufzubauen? Das würde die rot-grüne Bundesregierung aus der rein militärischen Aktion ein wenig herausheben. Und sie könnten die Chancen der Terror-Risiken deutlicher nutzen.

Wenn die Grünen die Kinder der Risikogesellschaft sind, warum tun sie sich mit den neuesten Risiken nun so schwer?

Sie müssen aufpassen, dass sie nicht Opfer der Versäumnisse anderer werden und unter die Räder der Gewaltdynamik geraten, die dadurch ausgelöst wird. Der laute Pazifismus hat in dieser Situation schon seit längerem einen schweren Stand, weil diese neue Art von Konflikten Gewalt als Gegengewalt nicht mehr ausschließen. Der Ausweg für die Grünen liegt in zweierlei: Zum einen zu erkennen, dass der Einsatz militärischer Gewalt in der jetzigen Situation in Afghanistan notwendig ist,

um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Ohne Militäreinsatz keine Versorgung der Not leidenden Bevölkerung. Zum anderen sollten sich die Grünen nicht an der Gewaltfrage festbeißen, sondern in den Koalitionsverhandlungen stärker betonen, dass es gleichzeitig dieser anderen Dimension bedarf – und das nicht nur als reine Kosmetik.

Diese Worte nimmt der Bundeskanzler doch selbst in den Mund.



Konstrukteur der zweiten Moderne: Der Soziologe Ulrich Beck (Bild: Matthias Arning)

Ja, gerade deswegen. Das könnten die Grünen durchsetzen. Wenn wir zig Millionen für Militär ausgeben, müssen wir doch überlegen, was uns eine andere Politik des

Dialogs wert ist. Die Politiker haben eine neue Droge namens globale Politik geschluckt. Sie sind geradezu high, weil sie merken, dass man etwas gestalten kann. Im transnationalen Raum sind die Dinge vielleicht sogar im Moment gestaltbarer als im nationalen Raum. Deswegen gäbe es in diesem internationalen Bündnis gegen den Terror über die rein militärische Politik hinaus neue politische Gestaltungschancen.

Sehen Sie eine politische Legitimation für diese militärische Aktion?

Transnationale Terrornetzwerke mit militärischen Mitteln zu bekämpfen, halte ich für legitim. Diese Art von Gewalt, gerade diese Art von Entschlossenheit, von moralisch total enthemmten Gottesterroristen, wird man nicht durch gutes Zureden oder Dritte-Welt-Initiativen einschüchtern und zur Raison bringen können.

Die USA schafft durch ihre Aktion eine Art Weltgesellschaft, indem sie Verbündete sucht und braucht. Ist das ein Fortschritt oder doch wieder nur eine Interessensallianz wie bei früheren Kriegen?

Nein, das ist schon etwas neues und wichtiges. Plötzlich ziehen Moskau und Washington in dieser Sache an einem Strang. Vielleicht könnte sogar der israelisch-palästinensische Konflikt entschärft werden. Dahinter steckt, dass die Globalität der Gefahr offenbar in der Lage ist, neuartige Gemeinschaften zu stiften, die man früher dem religiösen Glauben, der Klasse oder der Nation zugeordnet hat. Das Überraschende ist, dass sich die Konfliktlinien der Weltpolitik in der Wahrnehmung der Gefahr verflüssigen und so schnell gestaltbar werden.

Andererseits haben in diesem aktuellen Bündnis nicht alle Partner gleiche Rechte. Die Verbündeten der USA haben im Zwei-

fallsfall nichts zu sagen oder werden erst gar nicht informiert.

Das ist in der Tat merkwürdig. Offenbar kann die Erfahrung der Transnationalität nach dem alten nationalstaatlichen Imperialismusprinzip instrumentalisiert werden. Man sagt: Ich handle meine Interessen jetzt transnational aus, aber alle anderen müssen sich dem unterwerfen. Sicher, diese neue Sphäre globaler Gemeinsamkeit wird erst einmal instrumentalisiert für eine Erweiterung der amerikanischen Außenpolitik. Andererseits können CIA und Pentagon bin Laden nicht in einer isolierten Aktion gegen den Rest der Welt verhaften. Nur die Kooperation hilft letztlich weiter. Also: Ende des Unilateralismus, Beginn des Multilateralismus. Hier müsste Europa etwas nachhelfen.

Das bedeutet doch, dass Schröder viel selbstbewusster auftreten müsste.

Ich bin auch verwundert, dass die deutsche Regierung das nicht deutlicher akzentuiert. Amerika ist immer auch Kritik Amerikas. So muss man Amerika richtig verstehen. Die Globalisierungskritik, die Kritik der Amerikanisierung, ist im wesentlichen eine Erfindung Amerikas. Eine Allianz, die nicht nur nach der amerikanischen Pfeife tanzt, hätte eine Chance, wenn sie stärker an dieser Tradition der Selbstkritik Amerikas anknüpft. Und damit auch eine stärkere eigenständige Position Europas sichtbar macht. Schröders Angebot auf uneingeschränkte Solidarität kann nicht heißen, dass man sich jeglicher Kritik enthält und sich bedingungslos der Regie des Pentagons unterwirft. Ganz ungeeignet sind die Versuche von Schröder, jede Form der Kritik als persönliche Beleidigung aufzufassen. Jetzt ist die Zeit, Demokratie zu praktizieren und zwar dadurch, dass man die Offenheit der Situation mit möglichst viel Stimmen auszuloten versucht.